

# NZZ am Sonntag



## Auswandern. Jetzt!

Zu eng, zu teuer, zu träge und vielleicht bald nicht mehr sicher: Immer mehr Schweizerinnen und Schweizer wandern aus, viele in Länder jenseits von Europa. Warum das Leben anderswo besser ist.

Magazin



Darum sollte man dem neuen Film über Amy Winehouse nicht trauen.

Seite 57



Ciao, bello! Was ein berühmter Schmetterling aus dem Süden bei uns will.

Seite 47

Ein 18-Jähriger stirbt in der Aargauer Psychiatrie. Tötete ihn Inkompetenz?

Seite 16

## Preisüberwacher rügt Preispolitik von Spitälern

Spitäler verrechnen bei Zusatzversicherten zum Teil horrende Zuschläge. Der Preisüberwacher spricht von systematischen Fehlanreizen. **Thomas Schenk**

Steigende Kosten, Millionenverluste der Kliniken, drohende Spitalschliessungen: Das Gesundheitswesen sorgt für Schlagzeilen. Die Diskussionen drehen sich um den Leistungskatalog und die Tarife in der Grundversicherung. Doch auch bei den Spitalzusatzversicherungen liegt viel im Argen: Seit Jahren werden Missbräuche und überhöhte Tarife angeprangert. Der Versicherungsverband reagierte und erliess 2022 neue Regeln. Diese sollten dafür sorgen, dass Spitäler den Krankenkassen nur noch Mehrleistungen in Rechnung stellen, die über die Grundversicherung hinausgehen und den Preis wert sind.

Das Beispiel eines privat versicherten Patienten, der mit den gleichen Symptomen nacheinander in drei verschiedenen Spitä-

lern behandelt wurde, weckt jedoch Zweifel, ob sich viel geändert hat. Die teuerste Klinik verrechnete über die Zusatzversicherung doppelt so viel wie die günstigste, obwohl der Aufenthalt deutlich kürzer war. Der Gesundheitsökonom Heinz Locher sieht darin «einen krassen Fall von Missbrauch».

Auch der Preisüberwacher Stefan Meierhans hält die neuen Branchenregeln für ungenügend. Zwar hätten viele Zusatzversicherer mit Spitälern neue Verträge abgeschlossen. «Doch die Preise wurden kaum gesenkt. Genau das wäre aber das Entscheidende.»

Warum ist das so? Die neuen Regeln böten viel zu grossen Spielraum, was die Preise der Mehrleistungen angeht, sagt Meierhans. So werden Mehrleistungen nicht nur anhand objektiver Kriterien bewertet. Die Richtlinien sehen explizit vor, dass auch ein «durch einen Patienten empfundener Mehrwert» berücksichtigt wird. «Dies ist der Prototyp eines Fehlanreizes.» Missbräuchliche Abrechnungen könnten so weiterhin

nicht ausgeschlossen werden, «im Gegenteil».

Sarah Wyss, SP-Nationalrätin und Mitglied der Gesundheitskommission, hält wenig von der Branchenlösung des Versicherungsverbands. «Selbstregulierung funktioniert im Gesundheitswesen nicht», sagt sie, und sie verweist auf anhaltende Probleme beim elektronischen Patientendossier und bei den Werbemassnahmen der Krankenkassen. «Es braucht verbindliche Regeln von Bundesrat und Parlament.»

Ihr Kommissionskollege Thomas de Courten von der SVP, eigentlich ein Freund von Selbstregulierung, ärgert sich über die seiner Ansicht nach «teilweise schamlos überhöhten Leistungsabrechnungen». Er richtet einen deutlichen Appell an Zusatzversicherer und Spitäler, ihre Verantwortung wahrzunehmen und für Transparenz bei Leistung, Preisen und Qualität zu sorgen. Sonst bleibe nur der Weg über eine staatliche Regulierung.

Seite 9

## «Nichts mehr wie zuvor» – was ein Schweizer erlebt, der vom FBI gejagt wird

Er betreute den russischen Oligarchen Viktor Vekselberg. Dann setzten die USA auf den Herrliberger ein Kopfgeld von einer Million Dollar aus. **Zoé Baches, Isabelle Wachter**

Zuerst publizierten mehrere Medien seinen vollen Namen, ebenso private Fotos, auf denen er beim Laufen zu sehen ist. Oft ohne Hinweis auf die Unschuldsvermutung. Dann forderten ihn alle Banken auf, seine Konten zu saldieren. Die Zürcher Kantonalbank löste auch das Jugendsparkonto seiner 15-jährigen Tochter auf, auf dem 500 Franken lagen. Das Leben von Vladislav Osipov und seiner Familie ist im Februar dieses Jahres komplett aus den Fugen geraten.

Grund dafür ist ein internationaler Fahndungsauftrag des amerikanischen Federal Bureau of Investigation (FBI), das ihn international als «flüchtig» ausgeschrieben und ein Kopfgeld von bis zu einer Million Dollar ausge-

setzt hat. «Ich werde komplett zu Unrecht von den USA an den Pranger gestellt», erklärt Osipov, der sich im Interview erstmals zur Sache äussert. Und alle Vorwürfe der Amerikaner vehement bestreitet. Diese werfen ihm vor, dem russischen Oligarchen Viktor Vekselberg Beihilfe zur Sanktionsumgehung geleistet zu haben.

Am kommenden Mittwoch diskutiert der Nationalrat über eine Motion, welche den Beitritt der Schweiz zur multinationalen Task-Force Repo befürwortet. Der Fall von Osipov sollte Anlass für die Schweizer Politik sein, noch einmal grundsätzlich darüber nachzudenken, wie sie bei der Jagd von ausländischen Behörden auf Putins vermeintliche Schergen in der Schweiz vorgeht.

Professor Marcel Niggli von der Universität Freiburg fordert, dass sich jetzt die Politik einschaltet. Es gehe beim Thema Russland-Sanktionen auch um wichtige gesellschaftspolitische Fragen, die man jetzt angehen müsse.

Seite 28

ANZEIGE

Wer nicht in fossile Brennstoffe investiert, macht langfristig mehr Kohle.

Investieren Sie in innovative Lösungen der Zukunft mit einem positiven Footprint: [globalance.com/zukunft](http://globalance.com/zukunft)

GlobalanceBank

## Vom Seitensprung zum Klimawandel

Wie weit reicht das Privatleben? Aus Sicht des Gerichtshofs für Menschenrechte gehört seit dem Urteil gegen die Schweiz auch der Schutz vor dem Klimawandel dazu. Früher hat er unter dem Aspekt schon über die Affäre eines Organisten, das Recht auf Betteln oder Massnahmen gegen streunende Hunde geurteilt. Kritiker monieren, damit werde der Schutz des Privat- und Familienlebens überdehnt. FDP-Ständerat Andrea Caroni fordert darum den Bundesrat auf, eine Reform in die Wege zu leiten. (zsz.)

Seite 13



Von der Wissenschaftsfreiheit Gebrauch zu machen, bedeutet gerade nicht, Parolen zum politischen Geschehen abzugeben.

Caspar Hirschi, Historiker, über politische Debatten an Schweizer Universitäten. Seite 20

## Bund kauft F-35 mit Problem-Triebwerk

In drei Jahren erhält die Luftwaffe ihre ersten F-35-Kampfflugzeuge. Wie Recherchen der «NZZ am Sonntag» zeigen, müssen diese Jets aber schon bald nachgerüstet werden. Denn die Maschinen werden mit einer alten Turbine ausgeliefert, die ein Update benötigt. Sicherheitspolitiker sind erstaunt, dass die teuerste Beschaffung in der Geschichte der Schweizer Armee schon kurz nach dem Eintreffen nachgebessert werden muss. «Das ist sonderbar», so die SP-Ständerätin und Sicherheitspolitikerin Franziska Roth. Das Antriebsaggregat gilt seit Jahren als Achillesferse des Flugzeugs.

Deshalb hat der US-Kongress 2022 beschlossen, dass der Jet einen stabileren Antrieb brauche. Diese verbesserte Turbine ist aber noch in Entwicklung und frühestens 2029 verfügbar - zu spät für die Schweizer Jets, die bereits ab 2027 vom Band laufen. «Die Schweizer F-35 werden das zum Auslieferungszeitpunkt aktuelle Triebwerk erhalten», so bestätigt ein Sprecher des Bundesamts für Rüstung Armasuisse die Recherchen. Wann genau die Schweizer F-35 nachgerüstet werden, ist noch unklar. (gum./msi.)

Seite 10



Warum Polyamoristen viel reden müssen, Paris passé ist und zum Lauch zwingend Haselnüsse gehören.

Magazin

